

LEITARTIKEL Außenministerin reist nach Kiew und Moskau

Baerbock steht vor einer „unmöglichen Mission“

Der Titel des US-Agentenfilms „Mission Impossible“ wird in Deutschland gern verwendet, um eine schier übermenschliche Herausforderung zu bezeichnen. Eine solche Mission ist unter normalen Umständen schlicht unerfüllbar. Oder geht da doch noch etwas? Schließlich siegt der Held in Hollywood am Ende ja auch.

Nun ist Annalena Baerbock nicht Tom Cruise. Vor einer „Mission Impossible“ steht die neue deutsche Außenministerin dennoch, wenn sie zu Wochenbeginn nach Kiew und Moskau reist. Im Grenzgebiet zwischen Russland und der Ukraine herrscht echte, unmittelbare Kriegsgefahr. In dieser Lage kann Baerbock nur scheitern. Jedenfalls dann, wenn man die Ministerin bei ihren Antrittsbesuchen auf einer Friedensmission wähnt.

Tatsächlich stehen die Zeichen in der Krisenregion eher auf Sturm. Der Kream hat die jüngsten Verhandlungen mit dem Westen als enttäuschend und ergebnislos abgehakt. Unterdessen warnen US-Geheimdienste vor russischen Spezialoperationen in der Ukraine, die einen Vorwand für eine Invasion schaffen könnten. Ein Cyberangriff auf staatliche ukrainische Institutionen verschärfte die Lage am Wochenende weiter. Dass ausgerechnet Baerbock hier für nennenswerte Entspannung sorgen könnte, ist eine einigermaßen weltfremde Vorstellung.

Hinzu kommt, dass der russische Präsident Wladimir Putin seinen alten Lieblingspartner Deutschland inzwischen so wenig ernst nimmt wie die EU als Ganzes. Das hat sogar Angela Merkel in der Spätphase ihrer Kanzlerschaft noch erfahren müssen, trotz ihrer krisenerprobten Sonderbeziehung zu Putin. Aber in keiner der jüngsten Eskalationen (Belarus, Nawalny, Tiergartenmord, Ukraine-Truppenaufmarsch) war

der Kremelchef noch zu irgendwelchen Zugeständnissen bereit.

In Kiew hat man sich ebenfalls von Deutschland abgewandt. Das zentrale Stichwort lautet Nord Stream II. Die Pipeline, die an der Ukraine vorbei von Russland nach Mecklenburg-Vorpommern führt, wertet man in Kiew als geostrategischen Verrat. Hinzu kommen die deutsche Ablehnung einer ukrainischen Nato-Mitgliedschaft und die Verweigerung von Militärhilfe.

Doch damit nicht genug. Baerbock reist mit doppelt so schwerem Gepäck in den Osten. Die Grünenpolitikerin gilt als vehemente Kritikerin von Nord Stream II. Ihr Co-Parteichef Robert Habeck machte sich zudem im Wahlkampf für die Lieferung von „Defensivwaffen“ an die Ukraine stark, ohne recht erklären zu können, was er damit meinte. Beides hat in Kiew Hoffnungen geweckt, die Baerbock in der aktuellen Lage nicht einmal ansatzweise erfüllen könnte.

In Moskau dagegen wird die Außenministerin gerade wegen ihrer russlandkritischen Haltung mit großem Misstrauen empfangen – auch wenn sich Putins extrem erfahrener Chefdiplomat Sergei Lawrow das im Zweifel nicht anmerken lassen wird. Baerbock selbst dürfte froh sein, wenn sie diese Mission politisch unbeschadet übersteht. Ein Happy End wie in Hollywood wird es jedenfalls nicht geben. Diese Krise kommt für die neue deutsche Bundesregierung schlicht zu früh und ist (noch) eine Nummer zu groß.



ULRICH KRÖKEL

GLOSSE

Das Falsche gelöscht

VON PIA ROLFS

Früher fragte sich der Mensch bisweilen: Wer bin ich? Aber heute weiß er nach Blick auf seine Bildschirme: Er ist nur die Summe seiner Daten. Und von diesen löscht er immer die falschen.

Weil nämlich Postfächer, Smartphone-Speicher und alle möglichen virtuellen Vorratskästen überquellend, wird er irgendwann zum Löschen gezwungen. Und in seiner Panik entfernt er dann irgendetwas – wird schon nicht so wichtig sein. Anders als der analoge Chaos sieht der Digital-Messie

ja nicht, was er wegwirft. Hauptsache, er kann wieder arbeiten. Kurzfristig.

Denn natürlich entpuppt sich das Gelöschte hinterher immer als das Wichtige. Und vielleicht befindet es sich noch irgendwo in der Cloud – auf Wolke sieben, wo alle verlorenen Daten auf ihren Menschen warten. Aber leider nicht zugänglich sind.

Und ganz lässt sich der Gedanke nicht löschen, dass das Leben vielleicht nur begrenzt ist, weil es die Datenspeicher auch sind. Das wäre, zugegeben, nicht witzig. Aber die gute Pointe wurde gelöscht.



KARIKATUR: HARM BENGLEN

ANALYSE Es wird ernst im Erzbistum München: Diese Woche soll ein geheim gehaltenes Gutachten zum Umgang mit sexuellem Missbrauch vorgestellt werden.

Papst Benedikt rückt ins Visier der Gutachter

VON BRITTA SCHULTEJANS

MÜNCHEN (dpa) Was steht drin im berühmten Westpfahl-Bericht? Diese Frage stellen sich Betroffene und Kirchenkritiker nun seit zwölf Jahren. So lange schon lag der Bericht über sexuellen Missbrauch im Erzbistum München und Freising gut verschlossen bei der Münchner Anwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl (WSW). 2010 hatte München als erste deutsche Diözese diesen externen Bericht zu sexuellem Missbrauch und körperlicher Gewalt erstellt – der aber nie veröffentlicht wurde. Warum nicht? Darüber wurde nun jahrelang spekuliert.

An diesem Donnerstag soll es Klarheit geben. Denn dann stellt die Kanzlei WSW ein neues Gutachten vor, das auf den Ergebnissen des ersten fußen und dessen Prüfung bis in die Kirchenspitze reichen soll. Das ist im Münchner Bistum vor allem deshalb brisant, weil einer der Vorgänger des heutigen Erzbischofs, Kardinal Reinhard Marx, von 1977 bis 1982 niemand geringerer war als Kardinal Joseph Ratzinger, der heute emeritierte Papst Benedikt.

Kritiker werfen ihm schon seit geraumer Zeit Fehlverhalten vor – konkret beim Umgang mit dem Priester H. aus Nordrhein-Westfalen. Der Mann soll vielfach Jungen missbraucht haben und wurde zur Amtszeit Ratzingers aus NRW nach Bayern versetzt, wo er rückfällig wurde. Der Fall dieses Priesters H., so wird

erwartet, wird einen wichtigen Teil in dem Gutachten einnehmen. Das Amtsgericht Ebersberg verurteilte den in Grafing bei München tätigen damaligen Kaplan H. im Juni 1986 wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger zu 18 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 4000 Mark.

H. wurde angewiesen, sich in eine Psychotherapie zu begeben – und die Kirche machte ihn nur knapp 60 Kilometer entfernt in Garching an der Alz zum Pfarrer. Bislang haben sich vier mutmaßliche Betroffene gemeldet,



Der emeritierte Papst Benedikt XVI weist eine Mitwisserschaft bei Missbrauchsfällen im Erzbistum München zurück. FOTO: DPA

die angeben, in Garching von Priester H. missbraucht worden zu sein.

Als der Fall 2010 bekannt wurde, formulierte Marx' Vorgänger im Amt des Münchner Erzbischofs, Kardinal Friedrich Wetter, eine Entschuldigung: „Ich habe die Fähigkeit eines Menschen zu persönlicher Umkehr überschätzt, und ich habe die Schwierigkeiten einer therapeutischen Behandlung von pädophil Veranlagten unterschätzt. Mir ist jetzt schmerzlich bewusst, dass ich damals eine andere Entscheidung hätte treffen müssen.“

Bekannt ist, dass es ein kircheninternes Dekret zum Fall H. aus dem Jahr 2016 gibt, aus dem in den vergangenen Jahren mehrere Medien zitierten. Zuletzt berichtete die Zeit, dass darin auch Ratzinger explizit genannt werde: Obwohl er von der Vorgeschichte des mutmaßlichen Missbrauchspriesters Kenntnis gehabt habe, habe er ihn in seinem Bistum aufgenommen und eingesetzt.

„Statt kirchenrechtlich widersprüchlicher und damit wenig glaubwürdiger Dementi sollte Joseph Ratzinger beziehungsweise sein Sekretär Erzbischof Georg Gänswein sich nicht vor der damaligen Verantwortung drücken“, fordert Christian Weisner, Sprecher der Reformbewegung „Wir sind Kirche“. Er sieht „katastrophale Langzeitfolgen für das Ansehen der Kirche“ und „ein trauriges Muster der üblichen Vertuschungen“. Ratzingers Privatsekretär Georg Gänswein hatte die Vorwürfe gegen seinen Chef jüngst entschieden zurückgewiesen: „Die Behauptung, er (Benedikt) hätte Kenntnis von der Vorgeschichte zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufnahme des Priesters H. gehabt, ist falsch“, sagte er. Der emeritierte Papst Benedikt XVI. „begrüßt die Aufarbeitung in München sowie die Veröffentlichung des Gutachtens“, sagte Gänswein. Der frühere Erzbischof des Bistums München und Freising habe mit einer umfangreichen Stellungnahme zur Aufarbeitung beigetragen.

BERLINER NOTIZEN

Endlich wieder Bundestag!

Endlich wieder Bundestag. Alle Minister präsentierten in dieser Woche ihre Pläne. Es wurde gestritten und gefrotzelt. Besonders beliebt waren Sticheleien gegen den neuen Finanzminister Christian Lindner, der nun einiges an Schuldenlast zu bewältigen hat. Eine schöne Attacke ritt etwa der CSU-Mann Florian Oßner. Man könne Lindner schon „als Lucky Luke der deutschen Politik bezeichnen“, spöttelte Oßner. „Als der Mann, der schneller umfällt als sein eigener Schatten“.

Viele erste Reden von neuen Abgeordneten gab es. In den sozialen Netzwerken machten danach einige aus ihrer Aufregung und Erleichterung keinen Hehl. Gut, wenn manchmal ein alter Hase oben auf dem Präsidentenstuhl sitzt. Wolfgang Kubicki zum Beispiel. Der FDP-Mann ist ja bekannt für seinen Witz bei der Leitung der Sitzungen. Als SPD-Frau Dagmar Andres voller Elan nach vorne preschte, merkte Kubicki grinsend an: „Kleinen Moment. Also bei uns gilt der Grundsatz: Ich rufe auf und dann kommen Sie.“ Man lernt nicht aus, auch nicht als Abgeordnete.

Dorothee Bär, ehemalige Digitalministerin, ist jetzt in der Unionsfraktion zuständig für Familie. Also musste sie nach der Rede der neuen Familienministerin Anne Spiegel antworten. Ein bisschen für Aufregung sorgte sie bei der Ampel mit ihren familienpolitischen Positionen. „Sind Sie zufrieden mit der Rede?“ wurde ihr dann aus den Reihen der Grünen zugerufen. Bärs Antwort: „Ich bin sehr zufrieden! Danke der Nachfrage!“ An Selbstbewusstsein hat es der CSU-Frau ja noch nie gemangelt.

Beatrix von Storch wollte es jetzt genau wissen. Die AfD-Abgeordnete hakte also beim Bundesverteidigungsministerium nach: Wie die Bundesregierung den Bürgern erklären wolle, dass ihnen Feuerwerk an Silvester verboten worden sei, „während die scheidende Bundeskanzlerin und geladene Gäste ein solches anlässlich des Großen Zapfenstreichs gezündet haben“, so von Storch. Antwort des parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Hitschler: „Der Ablauf eines Großen Zapfenstreichs sieht ein Feuerwerk nicht vor.“



HAGEN STRAUSS

Produktion dieser Seite: Martin Wittenmeier, Michaela Heinze Ulrich Brenner

RÜCKBLENDE

Was geschah am 17. Januar?

2021 Der russische Regimekritiker Alexej Nawalny kehrt aus Deutschland nach Moskau zurück. Dort wird er festgenommen und am 2. Februar zu dreieinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt. Westliche Länder protestieren. Nawalny hatte sich nach einem Giftanschlag im August 2020 in Deutschland erholt.

2017 Zum zweiten Mal nach 2003 scheitern die Bundesländer in Karlsruhe mit einem Verbotsantrag gegen die rechtsextreme NPD. Die Partei sei zwar verfassungsfeindlich, aber zu bedeutungslos, urteilt das Bundesverfassungsgericht.

2012 Der deutsche SPD-Abgeordnete Martin Schulz ist neuer Präsident des Europaparlaments.

2002 Der Ausbruch des Vulkans Nyiragongo treibt in der Demokratischen Republik Kongo rund 350.000



Jim Carrey feiert heute seinen Geburtstag. FOTO: DPA

Menschen in die Flucht. Im Lavastrom kommen mindestens 80 Menschen ums Leben. Die Stadt Goma wird fast komplett zerstört.

1979 Bei einer Volksabstimmung in Grönland entscheiden sich 70,1 Prozent der an dem Referendum beteiligten Inselbewohner für die innere Autonomie mit einer eigenen Regierung. Nur die Außen- und Si-

cherheitspolitik wird weiterhin in Dänemark gemacht.

1977 Mit Gary Gilmore wird in den USA der erste Häftling nach Wiedereinführung der Todesstrafe 1976 hingerichtet. Die Todesstrafe war in den USA fast zehn Jahre lang ausgesetzt gewesen.

1962 Die Ausstrahlung der letzten Folge des sechstägigen Fernsehkrimis „Das Halstuch“ nach Francis Durbridge fegt in der Bundesrepublik die Straßen leer.

1377 Mit dem Einzug von Papst Gregor XI. in Rom endet das fast 70-jährige Exil der Päpste im französischen Avignon.

GEBURTSTAGE

1972 Benno Fürmann (50), deutscher Schauspieler („Nordwand“, „Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken“).

1962 Jim Carrey (60), kanadischer Schauspieler („Ace Ventura“, „Die Truman Show“).

1952 Michael Sommer (70), deutscher Gewerkschafter, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) 2002-2014.

1942 Frank Lehmann (80), deutscher Fernseh-Moderator, bekannt geworden durch seine Liveberichterstattung von der Frankfurter Börse.

TODESTAGE

2017 Franz Burda, deutscher Verleger, geschäftsführender Gesellschafter des Burda-Verlags 1973-86, geb. 1932.

2002 Camilo José Cela, spanischer Schriftsteller („Mrs. Caldwell spricht mit ihrem Sohn“), Literaturnobelpreis 1989, geb. 1916.

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,
PF 3770, 54227 Trier
Leser-Service 06 51/71 99-0
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90
Abo-Service 06 51/71 99-998
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90
Internetadresse: www.volksfreund.de
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:
THOMAS DEICKE, THOMAS MARX

Verlagsleiter:
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH

Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Chef vom Dienst: Alexander Houben

Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas Roth
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)
Digitaldesk: Johanna Heckeley
Printdesk: Marcus Hormes, Ralf Jakobs (Stellv.)

Verantwortliche Redakteure:
Birgit Markwitan (Magazine)
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)

Chefreporter: Katharina de Mos, Rainer Neubert, Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann, Werner Kolhoff

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH

Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an den Feiertagen und kostet monatlich 43,55 Euro einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück: Inland monatlich 48,20 Euro. Ausland monatlich 70,10 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein Anspruch auf Entschädigung.
Eine Abbestellung des Abonnements kann nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 66 vom 1. Januar 2022. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:
Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66117 Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15